

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

“Etwas versprechen und es nicht halten, ist der nächste Weg zur Nullität und Charakterlosigkeit“ - warum begrüße ich Sie mit diesem Zitat des Lyrikers und Dramatikers Christian Friedrich Hebbel ?

Auch uns wurde vieles versprochen! Ich denke nur an die Parodontitisstrecke....  
Dass sich heute so viele Menschen hier vor dem Landtag versammelt haben, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass verantwortungslose Politik auf entschiedene Ablehnung stößt, erst recht, wenn sie im fragwürdigen Eilverfahren durchgeboxt wird.

Der Griff in die gesundheitspolitische Mottenkiste in Form der strikten Budgetierung durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz löst keine Probleme - sondern schafft welche.

Der Vorstand der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Niedersachsen sieht durch dieses Gesetz massiv die flächendeckende zahnärztliche Versorgung gefährdet.

Immer weniger Zahnärztinnen und Zahnärzte können und wollen die überbordende Bürokratie, ständig wachsende Auflagen bei tiefen finanziellen Einschnitten, hinnehmen.

Den Praxen wird so die Luft zum Atmen und die Zeit sowie die Mittel für eine effiziente Patientenversorgung genommen.

Die Zahnarztpraxen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind zum verlängerten Arm einer staatlichen Gesundheitslenkung geworden, bei der die Praxisbetreiber lediglich noch das eigene betriebswirtschaftliche Risiko zu tragen haben. Ansonsten herrscht Fremdbestimmung.

Wenn der Gesundheitsminister tönt, die Budgetierung führe nicht zu Leistungseinschränkungen, ist dies öffentliche Augenwischerei.

Natürlich werden die gekürzten finanziellen Mittel in der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung zu einer Art Triage führen. Für begrenzte Mittel gibt es auch nur begrenzte Leistungen.

Wenn der Gesundheitsminister meint, Probleme in der GKV mit Gesundheitskiosken strukturell lösen zu können, dann irrt er.

Genauso wird die Cannabislegalisierung nicht ein einziges Problem in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung lösen. Während einerseits bei der Kostendämpfungspolitik in Form der strikten Budgetierung von zahnärztlichen Leistungen der pauschale und radikale Heckenschnitt angesetzt wird, wird andererseits ein zwei Säulen Cannabismodell kreiert, bei dem genauestens geregelt ist, dass drei weibliche Cannabispflanzen im Privathaushalt angebaut und in den Cannabis Social Clubs am Tag nur maximal 25 g. und im Monat nur 50 g. abgegeben werden dürfen.

Weiterhin dürfen die Mitglieder pro Monat nur maximal 7 Samen oder 5 Stecklinge vom Club erhalten....



Da stellt sich doch die Frage: Ist der Minister womöglich schon Mitglied in einem solchen Club?

Unsere Forderung heißt ganz klar:

Schafft die versorgungsfeindliche Budgetierung ab und nicht: Gebt das Hanf frei!

Die Erfolge in der zahnärztlichen Prävention haben nicht nur zu einer signifikanten Verbesserung der Mundgesundheit geführt, sondern auch zur Reduktion der zahnärztlichen Behandlungskosten an den Gesamtkosten der GKV in den vergangenen 20 Jahren von 9 % auf 6 %.

Wir brauchen dafür keine Lobes- oder Dankesreden vom BMG, sondern eine ehrliche und gerechte und zukunftsweisende Politik für unsere Praxen.

Wir als KZVN sind zu konstruktiven, partnerschaftlichen und zielführenden Gesprächen bereit.

Bereit für echte Strukturreformen. Wir liefern gerne Daten und Fachexpertise.

Ein gesundheitspolitisches Diktat lehnen wir jedoch entschieden ab.

Dass es in Niedersachsen für unsere Patientinnen und Patienten zu einem zahnmedizinischen Versorgungsengpass und zu längeren Wartezeiten für einen Behandlungstermin kommen wird, liegt in erster Linie an dem Lauterbachschen Gesetz.

Es liegt aber auch an den Primärkassen-Verbänden in Niedersachsen, die in den Verhandlungen mit der KZVN entgegen ihren zuvor vertraglich vereinbarten Verpflichtungen keinerlei Bereitschaft zeigten, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten ausreichende finanzielle Mittel für die Patientenversorgung, insbesondere für die neue PAR-Versorgungstrecke, bereitzustellen.

Sie verstecken sich stattdessen hinter dem Lauterbachschen Spargesetz und entgegen besseren Wissens tun sie in der Öffentlichkeit so, als ob es der Zahnärzteschaft lediglich darum ginge, die gesetzlich vorgegebenen Begrenzungen der Vergütungszuwächse für 2023 und 2024 zu beklagen.

Genau aus diesen Gründen stehen wir heute hier - trotz der langen Liste zahlreicher leistungsfeindlicher Gesundheitsgesetze der letzten Jahrzehnte sind wir dennoch nicht zahnlos geworden, sondern das Gegenteil ist der Fall; wir werden weiterhin Zähne zeigen.

Unser Protest, liebe Kolleginnen und Kollegen und geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ist kein Sprint, kein Dauerlauf; - es ist ein verdammt harter Langlauf.

Dafür wünsche ich uns, wünsche ich Ihnen, eine sehr gute Kondition.

Im Namen des KZVN-Vorstandes bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit!

